

## Beschäftigungspolitik im Mittelmeerraum Euromed-Sozialpartnerkonferenz in Berlin

„Die Partnerschaft zwischen Zivilgesellschaft und Regierungen ist eine Voraussetzung für sozialen Fortschritt.“ Dies machte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zum Auftakt der Sozialpartnerkonferenz „Beschäftigung und Sozialdialog im Rahmen der Euromediterranen Partnerschaft“ am 16. März deutlich, zu der das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Auswärtige Amt und die Friedrich-Ebert-Stiftung eingeladen hatten. Kein Nationalstaat könne heute mehr die Aufgaben alleine bewältigen. Und darin, so Steinmeier, liege auch die „Chance für eine gemeinsame Zukunft“. Rund 160 Vertreter von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierungen aus EU und südlichen Mittelmeeranrainern waren sich darin einig, dass Beschäftigungsfragen im Barcelona-Prozess bislang vernachlässigt worden sind. Bei dem Treffen im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde überhaupt zum ersten Mal das Thema Beschäftigung in dieser Form zwischen Ministern und Sozialpartnern der Euromed-Region erörtert.

„Sozialpartner müssen Verantwortung übernehmen, und Regierungen müssen sie einbeziehen“, forderte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Gerd Andres. Die Konferenz bilde den Auftakt für weitere Initiativen. Jean-Paul Tricart, bei der Europäischen Kommission in Brüssel zuständig für die Entwicklung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik in den EU-Außenbeziehungen, betonte ebenfalls die Notwendigkeit, Sozialpartner an der Entwicklung und Umsetzung von Politiken zu beteiligen. Tricart kündigte an, dass Ende des Jahres ein Workshop zur Vorbereitung einer Euromed-Ministerkonferenz im 2. Halbjahr 2008 unter französischer Ratspräsidentschaft zum Thema Beschäftigung stattfinden werde. Damit ist ein wesentliches Ziel der Berliner Konferenz erreicht worden, nämlich die soziale Dimension auf die politische Agenda des Barcelona-Prozesses zu setzen.

FES-Vorstandsmitglied Hans-Ulrich Klose hob hervor, dass eine funktionierende Sozialpartnerschaft für die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität, für ökonomischen Strukturwandel und für die Schaffung menschenwürdiger Arbeit wichtige Voraussetzung sei. Das Beispiel der tripartiten Gespräche zwischen Gewerkschaften, Unternehmensverbänden und Regierung in Marokko seit den 90er Jahren, die in die Annahme des neuen marokkanischen Arbeitsrechts mündeten, verdeutliche das Potential dieses Ansatzes. Klose betonte, dass die Europäische Nachbarschaftspolitik trotz bestehender Vorbehalte bei den südlichen Partnern durchaus auch zu einer Stärkung des Barcelona-Prozesses führen könne. So wurden mit Israel, der Palästinensischen Autonomiebehörde, Marokko, Tunesien, Jordanien, Libanon und Ägypten bereits länderspezifische Aktionspläne erarbeitet. Zugleich müsse aber der multilaterale Ansatz des Barcelona-Prozesses als komplementärer Bestandteil europäischer Mittelmeerpolitik erhalten bleiben.

Über elf Jahre, nachdem die euromediterrane Partnerschaft in Barcelona aus der Taufe gehoben worden war, stimmten die Konferenzteilnehmer darin überein, dass die bisherigen Ergebnisse hinter den Erwartungen zurück geblieben seien. Gleichwohl sei auch manches erreicht worden. Die Euromediterrane Parlamentarierversammlung etwa bilde inzwischen eine wichtige Plattform für den Austausch. Der Barcelona-Prozess müsse nun unter verstärkter Einbeziehung der Zivilgesellschaft mit Blick auf die soziale Dimension der Partnerschaft intensiviert werden. Dafür müssten die Regierungen die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Die europäische Erfahrung zeige, so die stellvertretende Generalsekretärin des europäischen Gewerkschaftsbundes, Maria Helena André, dass starke Sozialpartner eine positive Rolle spielen könnten. Iván Martín, Leiter eines zweijährigen Forschungsprojektes über „Euromediterrane Partnerschaft und Beschäftigung“, forderte unter anderem, die Abstimmung mit Sozialpartnern zukünftig zu einem integralen Bestandteil des gesamten euromediterranen Entscheidungsbildungsprozesse zu machen.

Europa sei ein Beispiel, kein Modell, das einfach kopiert werden könne, sagte Bundesarbeits- und Sozialminister Franz Müntefering. Er rief dazu auf, einander zuzuhören und voneinander zu lernen. In den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales müsse für den Mittelmeerraum eine gemeinsame Politik entwickelt werden. Die Grundbotschaft sei: „Zukunft ist gestaltbar, Fortschritt ist möglich, Rückschritt leider auch.“ Menschen müssten dazu befähigt werden, sich selbst in einen Wohlstand hinein zu organisieren, so Müntefering. Die ägyptische Ministerin für Arbeitskräfte und Immigration, Aisha Abdel Hady, erklärte, ihr Land wolle alles tun, um den im März unterzeichneten Arbeitsplan mit der EU zu erfüllen. Notwendig sei in den südlichen Mittelmeerländern von allem die Verbesserung der Ausbildung und der Beschäftigungssituation von Frauen. Eine Forderung, die auch der Algerier Habib Yousfi als Vertreter der Vereinigung der Unternehmerverbände im Mittelmeerraum unterstrich: Es bedürfe einer gezielten Ausbildungsstrategie, damit junge Menschen in den Betrieben auch tatsächlich Fuß fassen könnten.

Weitere Informationen zum Thema:

<http://www.eu2007.bmas.de/EU2007/Navigation/Deutsch/veranstaltungen,did=171886.html>